

Gemeinsame Tagung von DGB und dbb zur Föderalisierung des öffentlichen Dienstrechts am 22. Juni in Berlin:

„Föderalismus im öffentlichen Dienst“

An ungewöhnlichem Ort eröffnete der DGB-Vorsitzende Michael Sommer am 22. Juni 2006 eine Tagung zur Föderalismusreform. Im Forum des Deutschen Beamtenbundes (dbb) in Berlin diskutierten Politik und Gewerkschaften über die geplante Übertragung der Gesetzgebungszuständigkeit für das öffentliche Dienstrecht auf die Länder. Nicht das Ende der Konkurrenz, aber der Beginn einer Zusammenarbeit in Fragen, die dbb und DGB gleichermaßen betreffen, bewertete Sommer diese erste gemeinsame Tagung auf Bundesebene. Und: „Das ist ein Stück Gewerkschaftsgeschichte.“ Sommer erklärte, er teile das Grundanliegen der Föderalismusreform, kritisierte jedoch, der konkrete Gesetzentwurf habe mit Reformen nichts zu tun. Unter anderem müsse die einheitliche Grundstruktur des Dienstrechts erhalten bleiben. Kooperationsverbote im Bildungsbereich dürfe es nicht geben.



DGB-Chef Sommer im dbb-forum Berlin: „Ein Stück Gewerkschaftsgeschichte.“

Dass DGB und dbb mit ihrer Kritik nicht allein stehen, bewies Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Harald Ringstorff. Er bemängelte, der Gesetzentwurf werde dem Anspruch nicht gerecht, die Handlungsfähigkeit von Bund und Ländern zu erhöhen. Einem ungebremsten Wettbewerbsföderalismus dürfe nicht die Tür geöffnet werden. Die Herstellung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse stehe für ihn an erster Stelle. Für problematisch hielt Ringstorff die Kompetenzübertragung in den Bereichen Strafvollzug und Umweltrecht sowie das Verbot von Bund-Länder-Kooperationen im Bildungsbereich. Im öffentlichen Dienst befürchte er einen ruinösen Besoldungswettlauf wie er bis in die sechziger Jahre hinein bestanden habe. Die Kompetenzverlagerung gefährde gleichzeitig den Flächentarifvertrag für den öffentlichen Dienst. Die Abwerbung von Lehrern und Polizisten aus Mecklenburg-Vorpommern zeige schon heute, was auf die Länder künftig zukomme. Zustimmung erhielt Ringstorff von Hans-Dietrich Genscher, der aus seiner reichhaltigen Erfahrung als Bundesinnenminister in den 70er Jahren schöpfen konnte. Das einheitliche Dienstrecht sei ein wesentlicher Fortschritt gewesen. Er könne keine Gründe dafür erkennen, warum diese Errungenschaft jetzt aufgegeben werden solle. Die Reform weise auch insgesamt schwere Mängel auf: Zum einen werde die Europatauglichkeit Deutschlands nicht verbessert, wenn künftig die Länder in Bildungsfragen die Vertretung in Brüssel wahrnahmen. Noch weitaus gravierender sei aber die fehlende Reform der Finanzverfassung.

In einer lebhaften Diskussionsrunde setzten sich anschließend der dbb-Vorsitzende Peter Heesen, DGB-Chef Sommer und die Fraktionsvize im Bundestag Wolfgang Bosbach (CDU/CSU) und Fritz-Rudolf Körper (SPD) auseinander. Heesen und Sommer kritisierten einhellig, dass die Gewerkschaften im Gesetzgebungsverfahren nicht angehört worden seien. Bosbach verteidigte Gesetzentwurf und Verfahren. Ohne die Übertragung der Dienstrechtskompetenz gebe es keine Föderalismusreform. Für die Länder sei dies ein zentraler Punkt. Am Ende werde es ohnehin heißen: Diese Reform oder keine. Michael Sommer warf der Politik vor, die Betroffenen bei den Beratungen außen vor gelassen zu haben. „Hier geht es um Menschen“, brachte er die gewerkschaftliche Kritik auf den Punkt. Die Ministerpräsidenten der Länder praktizierten eine Machtpolitik, die geradezu vordemokratisch sei. dbb-Chef Heesen kritisierte die Kompetenzverlagerung mit scharfen Worten. Verärgert zeigte er sich besonders darüber, dass diejenigen, die die falsche Ausrichtung der Reform zu verantworten hätten, sich vor der Diskussion drücken würden. Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Stoiber habe seine Teilnahme an der Veranstaltung abgesagt. Begründung: Die zeitgleich in Berlin stattfindende Ministerpräsidentenkonferenz. Für Heesen kein Argument: Harald Ringstorff habe die Termine schließlich auch miteinander verbinden können.



Lebhafte Diskussion: Wolfgang Bosbach, Michael Sommer, Joachim Käppner (Moderation), Peter Heesen, Fritz-Rudolf Körper (v.l.n.r.)

In ihren abschließenden Statements machten auch die Vertreter der Opposition im Bundestag, FDP-Fraktionschef Guido Westerwelle, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linkspartei und Vizepräsidentin des Bundestages Petra Pau sowie die innenpolitische Sprecherin der Bündnisgrünen Silke Stokar aus ihrer Skepsis gegenüber den geplanten Änderungen keinen Hehl. Sie verwiesen insbesondere auf die massive Kritik der Sachverständigen in den Anhörungen und forderten faire Beratungen im Bundestag. Dieser soll am 30. Juni abschließend über das Reformpaket beschließen, der Bundesrat am 7. Juli zustimmen.